

Antragsteller: Jusos Mannheim

Antragsempfänger: Landesparteitag SPD Baden- Württemberg

Politische Bildung an weiterführenden Schulen stärker ausbauen

Ein guter Gemeinschaftskunde Unterricht ist die Grundlage für das Demokratieverständnis junger Menschen. Leider setzt der Lehrplan zu enge zeitliche Grenzen, um Politik in dem Maße zu unterrichten, wie es eigentlich notwendig wäre.

Die Jusos fordern daher den Gemeinschaftskunde Unterricht von Klasse 5 bis zur Abschlussklasse zweimal wöchentlich zu unterrichten. Der Lehrplan soll um weitere Themenfelder erweitert werden.

Begründung:

Politikverdrossenheit, Populismus. Schlagwörter die zurzeit die Medienlandschaft zu dominieren scheinen. Aber was kann man dagegen tun? Ganz einfach: Vorsorgen.

Und das geht nur indem man der Politik, und damit der politischen Bildung an Schulen den Rahmen und Freiraum gibt, den sie benötigt.

Nur indem man viel Zeit damit verbringt sich mit Parteien, Systemen, Meinungen und nicht zuletzt mit Werten zu beschäftigen, kann man das gute und rationale Verständnis für diese Themen herstellen.

Des Weiteren muss Schule nicht zuletzt begeistern und Interesse wecken können, aber wie soll das unter Zeitdruck, und mit kaum politischem Unterricht funktionieren?

Der momentane Zustand ist verheerend: GK bzw. EWG Unterricht findet erst ab der Mittelstufe statt, und dann auch nicht immer zweimal wöchentlich, sondern im Wechsel mit Fächern wie Geografie. Während Fächer wie Musik, Sport und Kunst fast durchgängig im Stundenplan zu finden sind, scheinen GK bzw. EWG kaum aufzutauchen.

Dringend notwendig ist daher Politik durch die zugehörigen Fächer GK (Gymnasien) und EWG (Realschulen) von der Einstiegs- bis zur Abschlussklasse zu unterrichten.

So hat man auch die Möglichkeit sich mit Themenbereichen zu beschäftigen, die wichtig sind, aber aus Zeitmangel nicht berücksichtigt werden können. So zum Beispiel die Quellenkritik. Wichtiges Thema, wenn man sich Gedanken über Fake-News und Verschwörungstheorien macht, welches aber nie behandelt wird. Oder auch die tiefere Auseinandersetzung mit politischen Berufen. Und so gibt es noch viele weitere Themenbereiche die im Erwachsenen-Alter wichtig sind, aber nicht behandelt werden, und ohne diese Maßnahme auch nicht behandelt werden können.

Klar ist: Es muss sich etwas ändern. Wir sehen wo nichts tun hinführt, wenn wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge auf die Frankreich Wahlen zurückblicken oder wenn wir uns mit Knoten im Magen an den Morgen des 8. November 2016 erinnern. Jetzt gilt es nicht nur zu reden, sondern etwas zu bewegen!